

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

N. XXII/238

Bonn, den 14. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Griechische Tragödie</u> Die Agonie einer Demokratie Von Günter Markscheffel	41
2	<u>Unsere Noten stürzen - der Kurier spielt falsch</u> Anmerkungen von Franz Sommer Sprecher des Vorstandes der SPD	44
3	<u>Einklassige Schulen verschwinden in Hessen</u> Gleiche Bildungschancen für alle Schüler Schon 200 hessische Mittelpunktschulen	45
4	<u>Spaniens Krisen dauern an</u> Ausblick auf 1968 Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	57

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Erfolgreicher Einstand des "Montag-Clubs"  
Die 40. Frau rückt in den Bundestag ein  
- Ingeborg Kleinertz wird die 21. SPD-Abgeordnete -  
Veruntersuchungen sind wichtig!  
- Von Grete Rudolf, MdB -  
Aus dem Bundestag

## Griechische Tragödie

---

### Die Agonie einer Demokratie

Von Günter Markscheffel

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, kann noch niemand sagen, was den jungen griechischen König Konstantin bewogen haben mag, offen gegen die Putschisten vom 21. April dieses Jahres aufzutreten. Wollte er, der den aus demokratischen Wahlen als Sieger hervorgegangenen Ministerpräsidenten Papandreu verabschiedete und damit eigentlich den Militärputsch vorbereiten half, jetzt das Volk der Griechen zur Wiederherstellung der Demokratie aufrufen? Wollte er dem persönlichen Regime der Militärs sein eigenes persönliches Regime entgegensetzen? Niemand weiß es zur Zeit.

Aber völlig unabhängig davon, welche Motive den jungen König zu seinem Vorzweiflungsakt getrieben haben mögen - schon jetzt zeigt sich am Beispiel Griechenland, daß es nicht gut tut, den Teufel mit Beelzebub ausstreiben zu wollen.

Als der König um die letzte Jahreswende durch sein Schweigen den Anschein erweckte, als sei er mit der Beseitigung der Demokratie einverstanden, hatte er bereits die wirklichen demokratischen Kräfte seines Volkes so sehr gelähmt, daß der Aufstand gegen die Militärdiktatur keine Chance mehr haben konnte; es sei denn um den Preis eines schrecklichen Bürgerkrieges, in dem Teile der Armee eine entscheidende Rolle hätten spielen müssen.

Immer wieder muß daran erinnert werden, daß Griechenland nach dem Wahlsieg der Zentrumsunion Papandreous seit Jahrzehnten zum erstenmal wieder eine im Volk verankerte Regierung besaß, die sich gerade anschickte, eine längst fällige moderne Sozial- und Wirtschaftsstruktur zu schaffen. Bei den im Jahre 1967 gesetzmäßig vorgeschriebenen Wahlen hätte - das haben inzwischen alle objektiven ausländischen Beobachter bestätigt - die Regierung Papandreu wiederum ein überwältigendes Vertrauensvotum vom Volk erhalten. Das Königtum, die Militärs und mit ihnen die griechische Finanzaristokratie, haben sich nie mit dem Gedanken befreundet können, daß Griechenland endlich den Anschluß an ein modernes fortschrittliches Europa finden sollte. Das hätte die Beseitigung der Vorherrschaft dieser Kreise bedeutet.

D e s w e g e n haben sie die Demokratie unterminiert und d e s w e g e n unterstützten sie alle jene Kräfte, die bereit waren, den Weg Griechenlands zu einem modernen sozialen Rechtsstaat zu verbarrieren.

Die Tragödie Griechenlands nimmt weiter ihren Lauf. Die griechische Demokratie bleibt in der Agonie. Appelle zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung", gleichgültig, wer sie im Augenblick an das Volk richten mag, täuschen nicht darüber hinweg, daß Griechenland noch für lange Zeit ein Unruheherd bleiben wird.

Unsere Noten stimmen - der Kurier spielt falsch

Anmerkungen von Frank Sommer  
Sprecher des Vorstandes der SED

Den Kopf des Strauß-Blattes "Bayern-Kurier" schmückt eine reizende Vignette: Ein berittener Kurier, der ins Horn stößt. Weniger reizend ist, was aus diesem Horn herauskommt: Schrille Töne, die den Bläser wie seinen Herren und Meister nicht gerade als harmonischen Musiker erkennen lassen. Diese Töne sind nicht neu, sie führten in früheren Jahren im Union-Orchester verschiedentlich zu Kakophonien und halfen mit, daß ein Dirigent den Stab aus der Hand legen mußte. Nachdem aber seit einem Jahr in diesem Orchester große Partituren nach sozialdemokratischen Noten gespielt werden, können wir die Übellaute nicht mehr länger mit anhören. Wenn wir von Übellauten sprechen, dann denken wir zum Beispiel an die vor Bayern-Kurier aufgesetzte Moritat, daß die Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland unter den Atomenergievertrag ein "zweites Jalta" bedeute. Wir haben Verständnis dafür, daß Franz-Josef Strauß und seine Journalisten die Regierungserklärung nicht immer auf dem Pult liegen haben erlauben uns aber, ihnen die entscheidende Passage vorzulegen:

- \* "Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame
- \* Friedenspolitik ein, durch die politische Spannungen beseitigt
- \* und das Vertrauen eingedämmt werden. Wir werden an Vorschlägen
- \* zur Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung mit-
- \* arbeiten. Die Bundesrepublik hat gegenüber ihren Bündnispartnern
- \* auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und sich ent-
- \* sprechenden internationalen Kontrollen unterworfen. Wir streben
- \* keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen Be-
- \* sitz an solchen Waffen an."

Ein mißtönendes Musikstück des "Bayern-Kurier" ist der Artikel: "Am Tag als der Kanzler kam". An Gesprächen, die der Botschafter der Sowjetunion, Zorapkin mit dem Außenminister führte, findet das Strauß-Blatt bemerkenswert, "daß beide Besuche Zorapkins zu einem Zeitpunkt erfolgten, zu dem sich der Bundeskanzler Kiesinger im Ausland aufhielt". Der "Bayern-Kurier" kommt zu dem Schluß: "War der Zeitpunkt des (zweiten) Zorapkin-Besuchs absichtsvoll gewählt, so könnte es auch sein Gutes gehabt haben, daß der Kanzler einen Tag danach zurückkam. Es läßt der Bundesregierung eine Tür offen."

Warum so gewunden? Wir erinnern uns, daß der "Bayern-Kurier" das Spiel des Spekulierens und Verächtlichens viel besser beherrscht als es hier zum Ausdruck kommt. Warum stößt er nicht gleich richtig ins Horn gegen die Politik des Friedens und der Entspannung, wie sie seit dem Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition betrieben wird? Warum nennt er nicht Roß und Reiter? Vor dieser Musik jedenfalls ist uns nicht bange - u n s e r e Noten stimmen!

## Einklassige Schulen verschwinden in Hessen

### Gleiche Bildungschancen für alle Schüler Schon 200 hessische Mittelpunktschulen

sp - Nur noch zwei Prozent der Schüler hessischer Grund- und Hauptschulen werden in einklassigen Schulen unterrichtet. Auch die Zahl der zwei- und dreiklassigen Grund- und Hauptschulen geht ständig zurück. Dagegen werden in Hessen bereits 67,6 Prozent aller Volksschüler in acht- und neunklassigen Schulen unterrichtet. Bis zum Jahre 1974 werden nach dem Großen Hessenplan die noch bestehenden wenig gegliederten Schulen voraussichtlich in Mittelpunktschulen aufgehen.

Damit ist das Stichwort für die Erfolge gefallen, die in Hessen durch eine umfassende Landschulreform erzielt werden: die Mittelpunktschulen

- \* "Wenn in der industriellen Gesellschaft von heute so vieles darauf ankommt, daß unsere Schulen die Jugend für die modernen Aufgaben in Beruf, Staat und Gesellschaft vorbereitet werden, dann
- \* hat das demokratische Gebot der gleichen Bildungschancen für
- \* alle einen besonderen Rang."

Mit dieser Feststellung hat der hessische Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte anlässlich der Einweihung der 200 hessischen Mittelpunktschule in Birstein, Kreis Gelnhausen, Bestrebungen des Landes Hessen charakterisiert, die der Überwindung des Bildungsgefälles zwischen städtischen und ländlichen Bezirken dienen.

Das Schulsystem müsse den tiefgreifenden Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensverhältnisse angepaßt werden, hat der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen für alle Bundesländer festgestellt. Das Land Hessen hat bereits bedeutsame Schritte auf dem Weg einer sinnvollen Neugestaltung des ländlichen Schulwesens unternommen. Seit 1960 ist hier eine tiefgreifende Reform des ländlichen Schulwesens im Gange.

Von den 2 705 hessischen Gemeinden haben sich mittlerweile 2 259 Gemeinden zu 357 Schulverbänden zusammengeschlossen mit dem Ziel, Mittelpunktschulen zu errichten. Anfang Oktober dieses Jahres waren in Hessen 200 Mittelpunktschulen in Betrieb, 52 weitere Mittelpunktschulen im Bau, und weitere 84 Mittelpunktschulen befinden sich in der Planung. Kultusminister Professor Dr. Schütte sagte: "In den nächsten Jahren wird der Bau von Mittelpunktschulen fortgesetzt werden, um das Landschulreform-Programm durchzuführen."

Die Kosten für eine moderne Mittelpunktschule liegen zwischen drei und sechs Millionen DM. Das Land Hessen trägt einen großen Teil der Bau- und Einrichtungskosten; das sind oft bis zu achtzig oder neunzig Prozent. Auch die Fahrtkosten für die Schüler werden den Gemeinden vom Land erstattet. Zehn Millionen Mark stehen allein in Landesetat 1967 hierfür bereit.

## Spaniens Krisen dauern an

---

Ausblick auf 1968

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Im Jahr 1968 werden Spaniens Krisen andauern: die wirtschaftliche Rezession, die fortschreitende Geldentwertung, der Widerstand der Studenten, Jungkleriker und Arbeiter. Die Studentenunruhen in Madrid und anderwärts bedeuten eine andauernde Gefahr für den politischen Kurs, der die Liberalisierung früherer Jahre jäh stoppte. Von Mal zu Mal sind mehr Studenten an den tätlichen Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei beteiligt. Wer von einer "lächerlichen Kinderheit von Störenfriedern" spricht, spielt Vogel Strauß. Die amtlichen Berichte von "Sozialdemokraten" werden widerlegt durch internationale Nachrichtenagenturen, die am "schwächsten Demonstrationstag" der Madrider Studenten 3000 Kundgebungsteilnehmer gezählt hatten. Der einzige Ausweg aus der Krise: die Gewährung der Organisationsfreiheit an die Studenten.

Auf dem Arbeiter-Sektor sieht die Lage nicht weniger kritisch aus. Der Arbeiter fühlt, sein bescheidener Wohlstand sei in Gefahr. Der Kleinbürger wird wieder zum Proletarier. Nicht umsonst sagte Falange-Theoretiker Emilio Romero vor einem ausgewählten Kreis geladener Gäste, das Fehlen politischer Parteien stürze die Einheitspartei Falange in Schwierigkeiten. Er verlangte, die "von den Kommunisten sowie von den sogenannten fortschrittlichen Katholiken geöffneten Strömungen im Fußvolk der Arbeiterbewegung einzuzügeln und in richtige Bahnen zu lenken." Die vorgesehene Reform der Vertikalsyndikate durch ein neues Gesetz zu beschließen, trägt den Forderungen der Arbeiter nicht genügend Rechnung, denn die Staatskontrolle und der autoritäre Charakter der "Organización Sindical" werden nicht aufgegeben. Es bleibt bei Konzessionen auf halbem Wege. Nach wie vor wird es also möglich sein, mißliebige Funktionäre wegen "Ungehorsam" zu bestrafen oder gar von Amts wegen abzusetzen, obwohl sie gewählt wurden. Die Arbeiterdemonstrationen des Jahres 1967 haben gezeigt, daß der Ruf nach freien Gewerkschaften unüberhörbar geworden ist.

Die Jesuiten haben dies in einem von ihrem Organ "Mundo Social" abgedruckten Memorandum gefordert. Gerade die katholische Opposition hofft, daß bei der Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Spanien und der EWG die EWG-Unterhändler ihren spanischen Gesprächspartnern deutlich sagen: "Entweder Sie gleichen sich politisch den Verhältnissen der Sechsergemeinschaft an, oder es wird keine Eintrittskarte in die Wirtschaftsgemeinschaft geben. Extrawürste werden nicht gebraten. Die Römischen Verträge gelten auch für Sie."

Nicht wenige Beobachter glauben, die EWG könnte auf Spaniens Innenpolitik einen heilsamen Einfluß ausüben. Bisher wurden die Krisen nicht an der Wurzel angepackt, sondern vor sich hergeschoben. Damit werden Krisen nicht gelöst. Ein Spanien, das gewillt ist, seinen inneren Vertrauenskrisen durch demokratische Reformen beizukommen, wird in Brüssel eine stärkere Verhandlungsposition aufweisen, als es heute der Fall sein kann. Erst wenn ein Mindestmaß an wirtschaftlicher und politischer Harmonie gezeigt wird, kann Spanien ein gewisses Gewicht in die Waagschale werfen. In manchen Regierungskreisen Madrids hat man bereits erkannt, daß eine Politik des Weiterwartens echte Lösungen nicht ersetzt. Wenn dieser Erkenntnis die Tat im Jahre 1968 folgt, wird Spanien auch den heißersehnten Anschluß an Europa finden.